

## Inhalt



### Überläufertum

Meinung ..... 2

### Hört die Signale

Meinung ..... 3

### Die letzten Mateos

Ausflüge & Reisen ..... 4

### DW-Intendant

### besucht Argentinien

Reportage ..... 5

### Keine Aussicht auf Erholung

Wirtschaftsübersicht .... 10

### Rubriken

Personalnachrichten ..... 5

Wirtschaft ..... 6-10

# Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 29. August 2009

120. Jahrgang Nr. 31.734

## Gespräch mit Obama angestrebt

### Unasur-Gipfel: Widerstand gegen Militärbasen weiter groß

Buenos Aires (AT/mc) – Ein klärendes Gespräch mit Barack Obama zu den geplanten US-Militärbasen in Kolumbien – dies streben die zwölf südamerikanischen Staatschefs an, die gestern zum Unasur-Sondergipfel in Bariloche zusammengekommen waren. Eine förmliche Einigung für das Treffen mit dem US-Präsidenten gab es jedoch zunächst noch nicht, weil die Gipfelteilnehmer wesentlich länger berieten, als zunächst geplant.

Dabei traten bei der Veranstaltung, die auf Initiative der argentinischen Präsidentin Cristina Kirchner zu Stande gekommen war, einmal mehr die unterschiedlichen Positionen zu Tage. Kolumbiens Staatschef Alvaro Uribe verteidigte sein Abkommen mit den Nordamerikanern als "praktische Hilfe" im Kampf gegen Drogenhandel und Terrorismus.

Zur Untermauerung zeigte er Dokumente, die die Grausamkeit des Guerilla-Kampfes in Kolumbien veranschaulichen sollten. Sein Land leide unter der Geißel des Terrorismus, so Uribe. Von daher sei die Unterstützung seitens der USA sehr willkommen.

Der venezolanische Präsident Hugo Chávez äußerte erneut scharfe Kritik und stellte eine direkte Verbindung zwischen den Militärbasen und der neuen US-Verteidigungsstrategie her. Chávez' bolivianischer Amtskollege Evo Morales forderte, eine gemeinsame Erklärung, in der Militärbasen von fremden Nationen in der Region zurückgewiesen werden.



Präsidentin Cristina Kirchner mahnte Einigkeit unter den Südamerikanern an.

Es war der ecuadorianische Präsident Rafael Correa, der als amtierender Unasur-Vorsitzende das Treffen mit dem US-Präsidenten vorschlug. Ein Ansinnen, dem sich der Brasilianer Lula da Silva anschloss. Dies sei Gelegenheit, mit Obama eine "gute Diskussion über die Rolle der USA in Lateinamerika zu führen.

Gastgeberin Cristina Kirchner hatte zu Beginn der Veranstaltung eine einheitliche Position der südamerikanischen Länder zu den Militärbasen angemahnt. Alle Anstrengungen müssten dahin gehen, dass der Subkontinent eine Region des Friedens bleibe, der nicht durch unilaterale Alleingänge gefährdet werde.

Im Vorfeld des Gipfels hatten hunderte Menschen gegen das Militärabkommen zwischen den USA und Kolumbien demonstriert. An der

Kundgebung im Zentrum von Bariloche beteiligten sich unter anderem Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaften und Vertreter der Mapuche-Indianer.

## Besitz kleiner Drogenmengen erlaubt Bestrafungspraxis verfassungswidrig

Buenos Aires (dpa/mc) - In Argentinien ist der Besitz kleiner Mengen von Marihuana für den persönlichen Gebrauch künftig nicht mehr strafbar. Der Oberste Gerichtshof erklärte die bisherige Praxis, die jeglichen Drogenbesitz unter Strafe stellte, am Dienstag für verfassungswidrig. Dies gelte jedoch nur für Erwachsene. Auch dürften Dritte nicht in ihrer Gesundheit gefährdet werden, entschieden die sieben Richter einstimmig. Der Besitz und Konsum kleiner Mengen Marihuana im privaten Bereich seien durch das in der Verfassung verankerte Selbstbestimmungsrecht gedeckt, begründeten die Juristen ihre Entscheidung.

Das Gericht fällte die Grundsatzentscheidung im Rahmen eines Strafverfahrens. Dabei ging es um fünf junge Leute, die mit insgesamt drei



CD Rom / Touch-Screen  
Web / Video Digital  
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

[www.multimedia.com.ar](http://www.multimedia.com.ar)

Joints erwischt worden waren. Sie wurden freigesprochen. Eine genaue Obergrenze für die „legale“ Menge an Marihuana soll später benannt werden. „Der Ball ist nun beim Kongress“, war aus Gerichtskreisen zu vernehmen. Denn dieser ist nun gefordert, Änderungen im Rauschmittel-Gesetz voranzutreiben. Bereits vor zwei Jahren wurde von der Regierung eine Kommission ins Leben gerufen mit dem Ziel, einen entsprechenden Vorentwurf auszuarbeiten. Am Mittwoch war aus Regierungskreisen zu vernehmen, dass das Gesetz noch bis Ende des Jahres fertig und im Kongress behandelt sein solle.

Auch die Regierung von Präsidentin Cristina Kirchner hat sich für

die Entkriminalisierung des Konsums ausgesprochen, damit sich die Polizei auf die Bekämpfung des Drogenschmuggels konzentrieren könne. Der Konsum von Marihuana - auch in der Öffentlichkeit - ist unter Jugendlichen in Argentinien schon bisher weit verbreitet.

Kritisch äußerten sich die Kirchen: Durch das Gerichtsurteil würde der Zugang zu gefährlicheren Drogen erleichtert. Besonders mit Blick auf die Armenviertel, wo es kaum Aufklärung und Prävention gebe, sei durch die Legalisierung mit einem Anstieg des Konsums zu rechnen, sagte Jorge Lozano, der Drogenbeauftragte der katholischen Bischofskonferenz.

## WOCHENÜBERSICHT

### Erdöl-Streik beendet

Am Ende war der Jubel groß bei den Erdöl-Arbeitern von Santa Cruz. 19 Tage lang hatten sie gestreikt. Dann kam durch Zutun des Arbeitsministeriums eine Einigung mit den Arbeitgebern zu Stande: So stimmten die Unternehmen, die in der Kammer der Kohlenwasserstoff-Produzenten (CEPH) organisiert sind, sowohl einer Anhebung des Gehaltes um 24,5 Prozent als auch einer Lohnzahlung für die durch den Streik ausgefallenen Arbeitstage zu. Letzteres war lange strittig und zog den Arbeitskampf in die Länge, ehe ein Machtwort der Regierung nachhalf. Im Gegenzug erklärte sich die Gewerkschaft (Sindicato del Petróleo) bereit, bei zukünftigen Auseinandersetzungen ein Minimum an Arbeitsleistung zu garantieren, um die Funktionsfähigkeit der Produktionsanlagen sicherzustellen. Zudem muss die Gewerkschaft eine Strafe in Höhe von 350.000 Pesos bezahlen, da sie die gesetzlich vorgeschriebenen Regelungen zur Schlichtung missachtet habe. Dies hatte auch zu gewerkschaftsinternen Spannungen geführt mit der Konsequenz, dass die Gewerkschaftsgliederung von Santa Cruz durch den Dachverband zwangsverwaltet wurde. Der wirtschaftliche Schaden, der durch den Streik entstanden ist, ist jedenfalls immens: So hat die Provinzverwaltung von Santa Cruz einen Ausfall von rund 50 Millionen Pesos aufgrund der ausgebliebenen Einnahmen durch Erdöl-Lizenzgebühren zu beklagen.

### Rundfunkgesetz jetzt beim Kongress

Mit einer von kritischen Worten gespickten Rede gab Präsidentin Cristina Kirchner

am Mittwoch den Entwurf zum neuen Rundfunkgesetz zur Abstimmung im Kongress frei. „Recht auf Information bedeute nicht das Recht auf Verzerrung und Manipulation“, so Kirchner vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit der mächtigen „Clarín“-Mediengruppe. Pressefreiheit dürfe nicht mit der Freiheit einiger Presse-Besitzer verwechselt werden. In Grundzügen hatte Kirchner das Gesetzesprojekt, mit dem eine aus den Jahren der Militärdiktatur stammende Regelung ersetzt werden soll, bereits im März dieses Jahres vorgestellt (wir berichteten). Auf die in der Zwischenzeit vorgenommenen Veränderungen ging sie nicht im Detail ein. Das Gesetz sei für all diejenigen geschaffen, die in einem demokratischen und pluralistischen Argentinien leben wollen. Der Entwurf sieht unter anderem vor, dass Monopolbildungen begrenzt werden. So soll in Zukunft niemand mehr als zehn Lizenzen für Hörfunk- und Fernsehsender kontrollieren dürfen. Bislang lag die Obergrenze bei 24. Es ist zudem vorgesehen, dass ein Drittel der Lizenzen auf öffentliche, private beziehungsweise gemeinwirtschaftliche Träger entfallen. Letztere sollen keine Gewinne erwirtschaften.

### Polizeichef tritt zurück

Er war keine zwei Monate im Amt: Am Dienstag erklärte Jorge „Fino“ Palacios seinen Rücktritt als Chef der neu geschaffenen Hauptstadt-Polizei (Policía Metropolitana). Der ehemalige Kommissar reagierte damit auf die scharfen Proteste, die es seit seiner Ernennung durch Stadtpräsident Mauricio Macri (PRO) seitens der politischen Opposition sowie der Angehörigen des AMIA-Attentats hagelte. Palacios wird vorgeworfen, in seiner damaligen

Tätigkeit als Ermittler Beweismaterial im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag vor 15 Jahren verschleiert zu haben. Erst am Montag der vergangenen Woche hatte der zuständige Staatsanwalt Alberto Nisman mitgeteilt, dass Palacios mit einer Anklage rechnen müsse. Palacios habe zunächst vorgehabt, sich zu verteidigen und das Amt weiter zu bekleiden, war aus Kreisen der PRO-Partei zu vernehmen. Doch schließlich hätte man ihm nahe gelegt, davon Abstand zu nehmen, um dem politischen Gegner keine Munition zu liefern. Palacios habe mit seinem Schritt den Neuaufbau der städtischen Polizei nicht behindern wollen, erklärte Stadtpräsident Macri. Nachfolger als Chef der Ordnungshüter wird nun Osvaldo Chamorro, der bisherige Stellvertreter von Palacios.

### Einbruch in „Clarín“-Büro

Einschüchterungen und Angriffen sieht sich in diesen Tagen die Tageszeitung „Clarín“ ausgesetzt. Vorläufiger Höhepunkt war ein Überfall auf das „Clarín“-Büro in Rosario, der sich Dienstag in den frühen Morgenstunden ereignete. Es wurden Schubladen durchsucht und Archive durchwühlt. In der Anzeigenannahme entstand Sachschaden. Die Täter sind bislang unbekannt. Einerseits gab es keine Bekennerhinweise, andererseits scheint es aber auch kein Raubüberfall gewesen zu sein, denn die wertvollen technischen Geräte wurden nicht entwendet. Trotz der zentralen Lage der „Clarín“-Filiale in Rosario gibt es keine Zeugen für den Einbruch. Derweil verurteilte die Gesellschaft der argentinischen Radio- und TV-Anbieter auf das Schärfste die „Einschüchterungen“, die der „Clarín“ derzeit erleide.

## Überläufertum

Die gelegentlich in Wahldemokratien auftauchende Verhaltensweise der Überläufer, die von einer Partei, in deren Namen sie gewählt worden waren, zu einer anderen wechseln, wird in Argentinien seit einem Jahr fünf „borocotismo“, zu Deutsch Überläufertum, genannt, bezogen auf den damaligen Nationaldeputierten Juan Carlos Lorenzo, der mit dem Übernahmen Borocotó aus der früheren Medienszene landesbekannt war. Sein Rollenwechsel begünstigte die Regierungsfraktion Front für den Sieg des damaligen Präsidenten Néstor Kirchner. Angeblich hatte Borocotó den Rollenwechsel als Entgelt für einen Staatsposten seines finanziell bedrängten Sohnes vorgenommen.

In der Vorwoche hat die Senatorin für die Provinz Santa Fe, Roxana Latorre, soweit bekannt, als erste Frau ähnlich wie damals Borocotó gehandelt, als sie den Kommissionsbericht der Mehrheitsfraktion als achte

Senatorin unterschrieb, womit der bereits von der Deputiertenkammer verabschiedete Gesetzesentwurf über die Sondervollmachten, insbesondere die Exportzölle, mit einfacher Mehrheit im Senatsplenum behandelt werden durfte. Mit weniger als acht Unterschriften müsste eine Zweidrittelmehrheit im Plenum aufgebracht werden, über die die Regierungsfraktion nicht verfügte.

Da es um die heiß umkämpften Exportzölle ging, die den Landwirten beim Ernteverkauf von den Weltmarktpreisen abgezogen werden, verursachte die Unterschrift der Senatorin eine wilde Reaktion in Landwirtschaftskreisen, insbesondere in der Provinz Santa Fe, wo die Senatorin als politische Gefährtin von Carlos Reutemann am 28. Juni knapp wiedergewählt worden war. Senator Reutemann reagierte blitzschnell, indem er dem Senatspräsidenten mitteilte, dass seine Zweikopffraktion sich künftig nur auf

ihn beschränken werde. Roxana Latorre musste eine eigene Fraktion bilden.

In der Provinz Santa Fe drohte die lokale Justizialistische Partei, die nicht auf Kirchner, sondern auf Reutemann hört, mit dem Parteiausschluss der Senatorin. Reutemann forderte sie auf, ihren Sitz niederzulegen, was sie ablehnte, auch nachdem ihr bisheriger Mentor ihr mitteilte, dass sie in ihrer Provinz politisch nicht mehr angesehen sei. Sie entschuldigte ihre Unterschrift als einen möglicher Irrtum, hatte sie doch die Unterschrift mit dem Vermerk versehen, dass sie das Vollmachtengesetz vollumfänglich billige. Außerdem führte sie als Argument an, dass Senator Rubén Martín, Ex-gouverneur der Agrarprovinz La Pampa, ebenfalls bereit gewesen sei, die achte Unterschrift zu leisten, oder dass eine Sondersitzung einberufen werden könnte, falls die achte Unterschrift fehlte.

Die Handlung der Senatorin wurde in Santa Fe als Verrat an der Sache der Landwirte ausgelegt, auch wenn das heiße Thema der Exportzölle in den Sondervollmachten eigentlich nichts ändert. Mit den Sondervollmachten darf die Exekutive die Exportzölle, einführen, senken, anheben oder abschaffen. Ohne sie bleibt es das Verfassungsprivileg des Kongresses. Trotzdem bleiben die bestehenden Exportzölle in Kraft, weil sie gesetzmäßig erlassen worden waren. Nach der berühmten Unterschrift ging eine zwanzigjährige Zusammenarbeit zwischen Reutemann und Latorre in die Brüche.

Der als besonnener Politiker geltende Reutemann reagierte auf die Unterschrift wütend, nachdem die in der Provinz regierenden Sozialisten, die er knapp besiegt hatte, im Wahlkampf behauptet hatten, Reutemann würde

sich nach den Wahlen wieder mit Kirchner einigen, was er stets dementiert hatte. Das Argument wurde sogleich wieder aufgetischt und schadet dem Ansehen Reutemanns, zumal in Hinblick auf seine mögliche Kandidatur für die Präsidentschaft im Jahr 2011, für die er Interesse gezeigt hatte, ohne sich bisher formell zu engagieren. Reutemann wartet auf den geeigneten politischen Moment und lässt sich nicht drängen. Er ist in der Justizialistischen Partei der Hauptgegner von Néstor Kirchner, der sich offenbar für den Wahlkampf von 2011 ebenfalls interessiert.

Die überraschende Unterschrift der Senatorin Latorre, die im Plenum gegen die Verlängerung der Sondervollmachten gestimmt hat, wird in politischen Kreisen dahin gedeutet, dass die Regierung gedroht habe, mehrere Günstlinge, eventuell ihre Familienmitglieder wie Borocotó oder andere Personen, zu entlassen, die ihre Posten erhielten, als Reutemann und Latorre mit der Regierungsfraktion agierten. Ähnlich hatte Kirchner seinen früheren Kabinettschef Alberto Fernández mit der Entlassung von dessen Günstlingen bestraft, nachdem seine Gespräche mit Vizepräsident Julio Cobos abgehört worden waren. Diese Aufgabe verrichten die Telefonspitzel des Sicherheitsdienstes SIDE, ähnlich wie weiland in der Sowjetunion das berüchtigte KGB oder in der DDR die nicht minder berüchtigte Stasi. Der Verwaltungsapparat und der Etat der SIDE sind unter den Kirchners ohne triftige Sicherheitsprobleme gewaltig aufgebläht worden. Ob als Grund für die Unterschrift der Überläuferin Latorre Schmiergeld eingesetzt wurde, wie auch in politischen Kreisen vermutet wird, lässt sich nicht beweisen. Jedenfalls bleibt Roxana Latorre als Borocotó in Frauengestalt in der politischen Szene Argentiniens verhaftet. Pech gehabt.

## Hört die Signale

### Von Stefan Kuhn

Der erste „Supersonntag“ im Superwahljahr: Morgen finden in Sachsen, Thüringen und im Saarland Landtagswahlen statt. Die bundespolitische Bedeutung dieser Regionalwahlen ist vier Wochen vor den Bundestagswahlen naturgemäß hoch. Sie könnten Signalwirkung für eine neue Regierung in Berlin haben. Das liegt vor allem an der FDP. Die Liberalen werden wohl in alle drei Landesparlamente einziehen. Nach den letzten Umfragen liegen sie in allen Bundesländern bei neun bis zehn Prozent. Vor fünf Jahren schafften sie knapp den Einzug in den sächsischen und saarländischen Landtag. Im thüringischen Parlament sind sie seit 1994 nicht mehr vertreten.

Unter bestimmten Voraussetzungen könnte es in allen drei Bundesländern zu christlich-liberalen Regierungsbündnissen kommen, die von Bundeskanzlerin Angela Merkel favorisierte Regierungsoption für Berlin. In Sachsen ist das fast sicher, sollte Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) nicht wider Erwarten sein Regierungsbündnis mit den Sozialdemokraten fortsetzen wollen. Im Saarland und in Thüringen müssen Christdemokraten und Liberale noch etwas zulegen und auf ein Scheitern der Grünen bzw. der NPD hoffen.

Für die Grünen könnten die drei Wahlen zum Debakel werden. Sie liegen in den Umfragen in den drei Ländern nur knapp über der Fünfprozenthürde. In Sachsen und im Saarland schafften sie vor fünf Jahren wie die FDP knapp den Einzug in die Landesparlamente. Eine Zitterpartei wird es auch diesmal werden. Im Saarland und in Thüringen allerdings auch eine Erfolgsgeschichte. Dort könnten sie zum Zünglein an der Waage und an der Regierung beteiligt werden – entweder mit CDU und FDP oder mit Linkspartei und SPD.

Etwas weniger zittern muss wohl die NPD. Die Rechtsextremisten liegen in den Umfra-

gen zwar hinter den Grünen und haben in Sachsen, wo sie vor fünf Jahren mit 9,2 Prozent (SPD 9,8%) in den Landtag einzogen, im Parlament wenig bewirkt, aber Umfragewerte von vier bis fünf Prozent sind wenig glaubhaft. Viele Wähler haben Skrupel, sich offen zu einer ausländischerfeindlichen rechtsextremen Partei zu bekennen. In der Anonymität der Wahlkabine fallen diese Skrupel weg. Man kann davon ausgehen, dass die NPD in Sachsen erstmals den Wiedereinzug in ein Landesparlament schafft. Im thüringischen Parlament könnten sie erstmals vertreten sein. Betrachtet man den NPD-Wahlkampf, in dem von „Polen-Invasion“ die Rede ist und ein aus Angola stammender CDU-Mann als „Quoten-Neger“ beschimpft wird, muss man sich wirklich fragen, was im Osten der Republik falsch läuft. Wer solche Parteien wählt, die obendrein ein zerstrittener Haufen von Pseudopolitikern sind und betrügerisches Finanzgebaren an den Tag legen, ist kein frustrierter Protestwähler, sondern ein überzeugter Neonazi.

Man kann nur dankbar sein, dass zumindest in dieser Hinsicht keine Signalwirkung für die Bundestagswahlen zu erwarten ist. Parlamentarischer Rechtsextremismus ist und bleibt ein Ostphänomen.

Zu den Gewinnern wird in jeder Hinsicht auch die Linke gehören. Die ist im Osten zwar traditionell stark, wird aber auch im Westen Deutschlands immer präsenter. Nach Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Hessen wird die Linkspartei auch im saarländischen Landtag vertreten sein. Dank Parteichef Oskar Lafontaine, dem früheren SPD-Vorsitzenden und langjährigen saarländischen Ministerpräsidenten, sogar mit einem zweistelligen Ergebnis. Im Saarland und in Thüringen besteht sogar die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung.

Bedeutungsvoll ist dieser „Supersonntag“

noch in anderer Hinsicht. Morgen werden mit ziemlicher Sicherheit die letzten beiden CDU-Alleinregierungen fallen. Diese Art der Regierung gehört bald gänzlich der Vergangenheit an. In nächster Zukunft werden in der Regel vier bis sechs Parteien in den Parlamenten sitzen. Die letzte Bastion der Alleinregierungen hält seltsamerweise die bundesweit schwächelnde SPD in Rheinland-Pfalz. Dort wird erst 2011 gewählt.

## TABELLE

### Fußball Primera División

**1. Spieltag:** Gimnasia-Godoy Cruz 0:2, Independiente-Newell's 0:1, San Lorenzo-Atlético Tucumán 3:1, Chacarita-Tigre 1:2, Arsenal-Estudiantes 0:2, Rosario Central-Racing 1:0, Huracán-Lanús 1:2, Boca-Argentinos 2:2, Banfield-River 2:0, Colón-Vélez 0:1.

**2. Spieltag:** Tigre-Central 1:2, Racing-Colón 1:1, Vélez-Arsenal 3:1, Estudiantes-Gimnasia 3:0, Argentinos-Banfield 1:1, Godoy-San Lorenzo 1:1, River-Chacarita 4:3, Atlético-Independiente 2:4, Lanús-Boca 1:2, Newell's-Huracán 1:0.

**Tabelle:** 1. Estudiantes 6 (Punkte), 5:0 (Tore); 2. Vélez 6, 4:1; 3. Rosario Central 6, 3:1; 4. Newell's 6, 2:0; 5. San Lorenzo 4, 4:2; 6. Godoy Cruz 4, 3:1; 7. Banfield 4, 3:1; 8. Boca 4, 4:3; 9. Independiente 3, 4:3; 10. Tigre 3, 3:3; 11. Lanús 3, 3:3; 12. River 3, 4:5; 13. Argentinos 2, 3:3; 14. Racing 1, 1:2; 15. Colón 1, 1:2; 16. Chacarita 0, 4:6; 17. Huracán 0, 1:3; 18. Atlético Tucumán 0, 3:7; 19. Arsenal 0, 1:5; 20. Gimnasia 0, 0:5.

## Randglossen

Entgegen seiner früheren Weigerung als Präsident, stellt sich Néstor Kirchner neuerdings der Presse für beliebige Fragen, wie er es dieser Tage auf Einladung des Bürgermeisters von Tres de Febrero, Hugo Curto, als Vorspiel einer Konferenz mit mehreren Bürgermeistern der Vororte von Buenos Aires getan hat. Kirchner legte seine Wahl niederlage vom 28. Juni als eine Bestätigung seiner stets als Modell umschriebenen Regierungspolitik seit 2003 aus. Die Wahlen ergaben hingegen klipp und klar, dass nahezu 70 Prozent der Wähler gegen dieses Modell abgestimmt hatten, keinesfalls, wie Kirchner behauptet, dafür. Er behauptet hingegen, dass als Ergebnis der Wahlen seine Fraktion als erste Minderheit siegreich war. Trotz dieser Spielerei mit ungenauen Zahlen trat Kirchner auf der Pressekonferenz wie ein Kandidat für die nächste Präsidentschaftswahl von 2011 auf, ohne freilich diese Kandidatur formell vorwegzunehmen, hat er doch alle Argumente und Zahlen seines letzten Wahlfeldzugs abermals dargelegt.

Die Landwirte sind in ihrem Kampf um die Abschaffung der Exportzölle im Kongress vorerst gescheitert, als die Präsidenten den Paragraphen im Gesetz über die Notstandshilfen wegen Dürre und Ernteverluste mit einem Veto zunichte machte. Diesen Paragraphen hatten die regierungsfreundlichen Deputierten und Senatoren zugegebenermaßen nicht gelesen, als sie für ihn stimmten. Auch der zuständige Vorsitzende der Agrarkommission in der Deputiertenkammer, Alberto Cantero, gab die Blamage zu. Das Veto bedarf einer Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern, um ausgeschaltet zu werden, die die Regierungsfaktionen sicherlich verweigern werden. Die Abschaffung bzw. Halbierung der Exportzölle in einigen Bezirken im Südwesten der Provinz Buenos Aires wäre ohnehin nur auf dem Umweg von Rückerstattungen der Steuerbehörde möglich gewesen, die Tür und Tor für allerlei Schum-

meleien und Schmiergelder möglich gewesen wäre. Exportzölle werden von Exporteuren, nicht von Landwirten bezahlt.

Frau Schmidt (SPD), Frau Merkel (CDU) und Baron Guttenberg (CSU) können aufatmen. Die eine, Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, mochte ihren Dienst-Mercedes auch im Urlaub nicht missen, ließ ihn samt Fahrer nach Spanien nachkommen und klauen, die andere richtete auf Kosten der Steuerzahler im Kanzleramt ein Geburtstagsessen für den Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann aus. Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg ließ eine Gesetzesvorlage von einer Anwaltskanzlei ausarbeiten. Merkel, Schmidt und Guttenberg wurden jetzt im Haushaltsausschuss entlastet. Schlimm ist das nicht, eher typisch. In einer großen Koalition werden kleine Fehler unter den Tisch gekehrt. Wahlkampf wird unmöglich, denn eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

Von dem kann sogar der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad noch etwas lernen. Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko hat in einem Interview Wahlbetrug eingestanden. Das vielfach angezweifelte Ergebnis der Präsidentschaftswahlen von 2006, bei denen Lukaschenko 82,6 Prozent der Stimmen erreicht hatte, sei auf seine Anordnung gefälscht worden. Der "letzte Diktator Europas" gab an, in Wirklichkeit 93 Prozent erreicht zu haben. Aus Gründen der Glaubwürdigkeit habe er das Resultat dann nach unten korrigieren lassen. Ganz unwahrscheinlich ist das nicht. Die Wahl war keine Wahl. Es gab keine ernstesten Oppositionskandidaten, keine Pressefreiheit oder freie Meinungsäußerung. Aber einen Gefallen hat sich Lukaschenko mit seinem Bekenntnis sicher nicht getan. Ob nach oben oder unten, wenn ein Präsident Wahlergebnisse fälschen kann, wirft das ein schlechtes Bild auf die Demokratie seines Landes.

## AUSFLÜGE UND REISEN

### Die letzten Mateos von Buenos Aires

Buenos Aires war kurz nach dem Ersten Weltkrieg eine weitläufige, schöne Stadt mit herrlichen grünen Parks, breiten Avenidas und an die hundert Straßenbahnlinien, mit denen man schnell und sicher überallhin gelangte. Wo nicht, standen an Plätzen und Bahnhöfen Pferdekutschen bereit, um den eiligen Passagier rasch ans Ziel zu bringen.

Es war das Metier der meist mittellos ins Land gekommenen Einwanderer, Spanier oder zumeist Italiener, die sich durch das Zusammenkratzen ihres Ersparnis eine Kutsche und ein Pferd zulegten, um als Taxidroschken zu arbeiten.

Im Jahr 1920 hatte Buenos Aires knapp zwei Millionen Einwohner und 48.000 Automobile, davon eine zunehmende Anzahl von Mietwagen. Die Zahl der Automobile stieg jedoch sprunghaft an, und 1924 zirkulierten schon 123.000 pferdelose Wagen durch die Bundeshauptstadt.

Für die braven Kutscher wurde es von Tag zu Tag enger – jeder, der konnte, fuhr selbstverständlich ein pferdeloses Taxame-



Pferdedroschke in Palermo.

ter. Das Drama der Kutschenlenker wurde bald so groß, dass sogar ein Theaterstück über sie geschrieben wurde. Armando Discé-

polo brachte 1923 ein Familienrührstück auf die Bühne, in dem auch sein Bruder Enrique Santos Discépolo mitwirkte, das die Sor-

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

[www.allesdeutsch.com.ar](http://www.allesdeutsch.com.ar)

...für alle, die es deutsch mögen.



**Flyer**  
**Lufthansa**  
**City Center**

(Zona Norte)

Leg. 213 Res.0447

Av. Fondo de la Legua 425

(B1609JEE) San Isidro

Tel.: (54 11) 4512-8100

E-mail: [info@flyer.com.ar](mailto:info@flyer.com.ar)

[www.flyer-de.de](http://www.flyer-de.de)

gen und Ängste eines Kutschers beschrieb. Es ging um das schiere Überleben, um die Kutsche und natürlich auch um das beste Stück: das Pferd, mit Namen Mateo.

Bei den Porteños wurde das Stück so populär, dass man den Namen des Pferdes bald auf alle Platzkutschen ausdehnte und sie Mateos nannte, was bis heute so geblieben ist.

Der unaufhaltsame Fortschritt verdrängte die Pferdekutschen

nach und nach. In der Stadt mit den meisten Taxis der Welt (über 40.000 registrierte Mietwagen) blieb schließlich nur noch ein rundes Dutzend Mateos übrig, beschränkt auf Spazierfahrten durch den Rosedal und rund ums Monumento de los Españoles, am Zoologischen Garten, wo es vor allem für Familien mit Kindern ein Riesenspaß ist, im Einspanner über den Asphalt zu rollen.

Seit Jahren bleibt die Zahl der Pferdewagen stabil, sie besetzen eine Marktnische. Im Gegensatz zu anderen Städten, wo der Betrieb sich auf die schneefreien Monate beschränkt, rollen bei uns die Droschken das ganze Jahr

über. Neben den traditionellen Wiener Fiakern kann man heute diese sympathischen Überbleibsel aus der schönen, alten Zeit auch noch in Teilen der Donaunonarchie sehen, wie etwa Prag, Budapest und Lemberg, aber auch in Salzburg und sogar in der Dichtermetropole Weimar.

Die Stadtverwaltung pflegt diese Attraktion genauso wie die Karusselle (Calesitas), von denen es bei uns noch etwa 40 gibt, um diese Tradition so lang und pur wie möglich zu bewahren.

Eine Runde durch die Parks von Palermo kostet heute, je nach Dauer, zwischen 40 und 60 Pesos.

Marlú



## Zukunftsorientierter Sender

Deutsche Welle-Intendant Erik Bettermann besucht Argentinien

Buenos Aires (AT/SF/mc) - Die Reise des Intendanten der Deutschen Welle, Erik Bettermann, hat vor allem ein Ziel: Er will die Präsenz der Deutschen Welle in Südamerika verstärken. Am Freitagmorgen besuchte er im Rahmen seiner Südamerikareise auch das Argentinische Tageblatt und sprach mit dem Herausgeber Dr. Roberto T. Alemann und den Redakteuren Susanne Franz und Marcus Christoph. Begleitet wurde er von May Mahnken, der Presse-referentin der Deutschen Botschaft, und seinem Mitarbeiterstab.

Vor seinem Aufenthalt in Argentinien hatte Bettermann schon Mexiko und Kolumbien besucht; auf dem Programm stehen noch Uruguay und Brasilien, wo er gemeinsam mit dem deutschen Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg in Zusammenarbeit mit der dortigen Auslandshandelskammer ein Fernsehstudio in Sao Paulo eröffnen wird, in dem DW-Beiträge nun auch ins Portugiesische übertragen werden. Der Intendant setzt dabei auch stark auf Untertitel, wie er überhaupt ein großer Befürworter der bildbegleitenden Textzeilen ist.

Auch in Argentinien schaut sich Erik Bettermann nach strategischen Partnern um. Großes Interesse bestünde vor allem an der Wiederaufnahme des DW-Radios, das sein Vorgänger im Jahr 1998 ersatzlos gestrichen habe, sagt der oberste Chef des deutschen Auslandssenders. Das Programm solle in Deutschland produziert werden - in gleich langen Beiträgen auf Deutsch und auf Spanisch -, dann über Satellit oder als Podcast



DW-Intendant Erik Bettermann (links) und AT-Herausgeber Dr. Roberto T. Alemann.

geschickt und hier gesendet werden.

Für Deutsche-Welle-TV möchte Intendant Bettermann langfristig in Zusammenarbeit mit den deutschen Sendern ARD, ZDF, RTL etc. ein "Best-Of"-Programm mit den spannendsten Inhalten dieser TV-Kanäle für die informations- und entertain-menthungrigen Zuschauer in aller Welt produzieren. "Das erfordert jedoch ein Umdenken innerhalb Deutschlands", sagt der DW-Chef, der mindestens zwei Jahre für die Verwirklichung seines Plans veranschlagt, um das Thema der Fernsehrechte, die Sache der Bundesländer sind, und die Rolle der Deutschen Welle als Teil der nationalen Außenpolitik unter einen Hut zu bringen.

Mittelfristig strebt Erik Bettermann auch ein "Entzerren" der dreisprachigen Programmstruktur an: Er will das Programm zweiteilen und eines nur auf Deutsch senden, das dann das "Best-Of"-Angebot enthalten könnte und so Deutschen im Ausland mehr Entertainment bieten und Deutschlernende motivieren würde. Der auf Spanisch und Englisch produzierte Kanal hätte weiterhin einen stärkeren Akzent auf der Information über Deutschland und der Vermittlung eines positiven Deutschlandbildes.

Die Technologien sind mittlerweile hoch entwickelt, und das bedeutet für Deutsche Welle-TV, -Radio und Onlineauftritt die Möglichkeit einer stärkeren Vernetzung mit anderen Medien. Ansät-

ze dazu gibt es bereits mit der Verlinkung der FAZ-Seite. Mit seiner "Multiplattformstrategie" will Erik Bettermann die Deutsche Welle in die Zukunft führen.

Die Deutsche Welle (DW) ist der deutsche Auslandsrundfunk und versteht sich selbst als "mediale Visitenkarte Deutschlands in der Welt". Sie ist eine gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts und Mitglied der ARD. Der Sender mit Standorten in Bonn und Berlin bietet neben dem Hörfunk- und Fernsehprogramm auch ein Internetangebot in 30 Sprachen an. Die Deutsche Welle wurde 1953 gegründet. Heute beschäftigt die Rundfunkanstalt rund 1500 Mitarbeiter aus mehr als 60 Ländern. Erik Bettermann ist seit 2001 Intendant der Deutschen Welle. 2007 wurde er für eine weitere sechsjährige Amtszeit wiedergewählt.

### PERSONALNACHRICHTEN

**Geburtstage im Altersheim „Los Pinos“**  
**Gechter Carlos**, 81, am 1.9.; **Ostrowski Gerda**, 101, am 1.9.; **Linder Hildegard geb. Steinle**, 95, am 13.9.; **Verger Francisco**, 80, am 13.9.; **Hammerer Liliana**, 59, am 19.9.; **Falce Carlos**, 70, am 20.9.; **Espinosa Marta geb. Zuggas**, 84, am 21.9.; **Arndt Ursula**, 90, am 23.9.; **Uhle Margot**, 74, am 26.9.

**Todesfälle**  
**Reus Ana**, 104, am 17.8.; **Sauer Manfred**, 70, am 23.8.; **Francisca Schulze geb. Braig**, 98, am 21.8.

## LATEINAMERIKANISCHE WIRTSCHAFT

**Brasiliens Präsident Lula da Silva kündigte an, dass der Staat 71% der riesigen Erdölvorkommen in der "Presal-Gegend" behalten werde. 29% der Lager seien schon in Konzession an private Erdölkonzerne vergeben worden. Der Rest soll von Konzernen ausbeutet werden, an denen der Staat beteiligt sein werde.** Am Montag werde er eine neue Rahmenordnung für die Forschung und Ausbeu-

tung von Erdöl in Brasilien ankündigen, die sich konkret auf diese neuen Lager beziehen werde. Der Gewinn, den der Staat dabei erhält, soll einem Fonds zugeführt werden, mit dem Sozialprogramme finanziert werden sollen. Die Reserven der neuen Lager werden auf 80 Mrd. Barrel veranschlagt, fast sechs Mal so viel wie die bisherigen brasilianischen Reserven, von 14 Mrd. Barrel.

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Der Dollarkurs schloss am Donnerstag zu \$ 3,86, ohne Veränderung gegenüber der Vorwoche und um 11,24% über Ende Dezember.** Der Rofex-Terminkurs lag zum 30.9.09 bei \$ 3,88, zum 30.12.09 bei \$ 3,997, zum 31.3.10 bei \$ 4,116, zum 30.6.10 bei \$ 4,241 und zum 30.9.10 bei \$ 4,395. Der Terminkurs auf ein Jahr lag um 12,17% über dem Tageskurs.

\*\*\*

**Der Merval-Aktienindex der Börse von Buenos Aires verzeichnet in einer Woche zum Donnerstag eine Zunahme von 0,65% und seit Ende Dezember 2008 von 64,71%.**

\*\*\*

**Die Staatsbonds, die bei der Umschuldung von 2005 ausgegeben wurden, wiesen in einer Woche zum Donnerstag mit einer Ausnahme eine leicht steigende Tendenz auf.** Nur Discount-Bonds in Pesos fielen, und zwar um ganze 9,09%, lagen jedoch um 36,75% über Jahresende. Hingegen stiegen Par-Bonds in Pesos um 1,21% (+105,96% seit Ende 2008), Boden 2014 um 0,31% (+115,75%), Boden 2012 um 0,93% (+60,38%) und Boden 2013 um 0,69% (+62,38%).

\*\*\*

**Die Währungsreserven der ZB lagen zum 14.8.09 bei u\$ 44,79 Mrd., um 0,67% über der Vorwoche und um 3,43% unter Ende Dezember.**

\*\*\*

**Der Notenumlauf lag zum 14.8.09 bei \$ 82,57 Mrd., um 1,89% unter der Vorwoche und um 1,81% unter Ende 2008.** Im Laufe dieses Jahres verzeichnen auch Girodepositen einen Rückgang von 1,93% und Spardepositen einen von 2,24%, so dass das monetäre Aggregat M2 (Banknoten plus Giro- und Spardepositen), das die ZB als Richtlinie der Geldpolitik verwendet, eine Abnahme von leicht unter 2% verzeichnet, was eine sehr kontraktive Geldpolitik zum Ausdruck bringt.

\*\*\*

**Die gesamten Pesodepositen des lokalen Bankensystems lagen zum 14.8.09 mit \$ 213,18 Mrd. um 0,88% über der Vorwoche und um 3,68% über Ende 2008.** Die Zunahme, die im Laufe des Jahres stattgefunden hat, ist ausschliesslich durch die Erhöhung der Fristdepositen um 12,45% herbeigeführt worden, wobei solche von 90 auf 179 Tage um 20,18% und von 180 auf 365 Tage um 40,27% stiegen. Bei diesen Depositen werden bei höheren Beträgen höhere Zinsen gezahlt. Die Dollardepositen lagen mit u\$ 12,13 Mrd. um 0,39% unter der Vorwoche, aber immer noch um 25,73% über Ende Dezember.

\*\*\*

**Vordatierte Schecks auf 30 Tage wurden beim Handel an der Börse von Buenos Aires letzte Woche zu 12,96% verzinst (Vorwoche: 12%), auf 60 Tage zu 12,68% (12,6%), auf 90 Tage zu 13,23% (13,04%), auf 120 Tage zu 14,32% (13,91%), auf 180 Tage zu 15,02% (16,07%) und auf längere Fristen zu 18,05% (18,01%).**

\*\*\*

**Gold wurde letzte Woche in Buenos Aires (Banco Ciudad) bei 18 Karat zu \$ 75,37 gehandelt (Vorwoche: \$ 74,91), und bei 24 Karat zu \$ 119,20 (\$ 118,50).**

\*\*\*

**Der Generaldirektor des Amtes für öffentliche Einnahmen AFIP, Ricardo Echegaray, gab bekannt, dass sich 127.000 Steuerzahler der Vermögenslegalisierung (Gesetz 26.476) angeschlossen hätten, die am Montag abläuft.** Ebenfalls seien 313.000 Schwarzarbeiter legalisiert worden.

\*\*\*

**Die Regierung der Provinz Buenos Aires hat ein Paket mit allge-**

**meinen Erhöhungen provinzieller Steuern für 2010 vorbereitet. Die Sätze der Immobiliensteuer sollen für 150.000 Wohnungen mit einem Fiskalwert von über \$ 250.000 (was einem Marktwert von \$ 700.00 bis \$ 1 Mio. entspricht) angehoben werden. Ausserdem soll ein neue Steuer für die Ladung und Entladung von Waren in den Häfen der Provinz eingeführt werden, ebenfalls eine von 5% auf Erbschaften und Schenkungen von über u\$ 1 Mio. Schliesslich soll auch die Besteuerung gebrauchter Kfz geändert und erhöht werden.**

\*\*\*

**Am Freitag wurde der Umtausch von kurzfristigen Staatsbonds, die mit dem CER-Koeffizienten berichtigt werden, durch andere mit variablem Zinssatz und längerer Laufzeit, eingeleitet.** Die Umtauschmöglichkeit läuft bis zum 7. September. Für \$ 100 Nennwert der neuen Bonds (Bonar 2014) müssen \$ 117,32 in Bocon PRE 09, \$ 128,41 in Bocon PRE 12, \$ 264,32 in Global 08 TF und \$ 263,24 in Global 08 TV übergeben werden. Insgesamt sollen Staatspapiere für \$ 8,3 Mrd. umgetauscht werden, die mit dem CER berichtigt werden und 2010 und 2011 ablaufen. Die neuen Staatspapiere laufen auf 5 Jahre und werden zu Badlar-Satz plus 275 Basispunkte verzinst, was gegenwärtig etwa 16% ausmacht, die vierteljährlich gezahlt werden.

\*\*\*

**Anlässlich der Feier der Börse von Buenos Aires zum 155. Jahrestag der Gründung forderte Börsenpräsident Adelmo Gabbi, dass die Sterilisierung von 30% des Betrages, die bei Überweisungen von finanziellem Kapital nach Argentinien besteht, abgeschafft werde.** Die Präsidentin Cristina Kirchner, die anwesend war, lehnte dies sofort ab, und bezeichnete diese Sterilisierung als eine Massnahme, die grosse Wechselkursschwankungen in einem Moment der Ungewissheit verhindert habe. Sie sprach sich für die Beibehaltung der fallweisen Aufhebung dieser Sterilisierung aus, wenn nachgewiesen werde, dass die Mittel zur Tilgung von Schulden oder für Finanzierung von Investitionen eingesetzt werden. Sie betonte, dass Argentinien Kapitalien benötige, die kommen um zu produzieren, nicht um zu spekulieren. CK hat offensichtlich nicht wahrgenommen, dass eine hohe Kapitalflucht besteht, die eventuell durch Kapitalüberweisungen nach Argentinien zum Teil ausgeglichen werden könnte. Die Massnahme war getroffen worden, als gemäss ZB netto zu viel kurzfristiges Finanzkapital nach Argentinien kam. Jetzt hat sie gewiss keinen Sinn. Abgesehen davon werden die Wechselkursschwankungen durch Käufe und Verkäufe der ZB ausgeglichen, die über ausreichende Reserven für diesen Zweck verfügt.

\*\*\*

**Die Banco Patagonia hat die lokale Finanzgesellschaft von General Motors für u\$ 23 Mio. gekauft, über die die Agenturen die Finanzierung für Kfz-Verkäufe erhalten.**

\*\*\*

**Die AFIP hat die Einbehaltung der Steuer bei Zahlungen an Einzelssteuerzahler hinausgeschoben, bis das Parlament die Erhöhung der Beträge genehmigt, die für diese Steuerzahler gelten.**

\*\*\*

**Die Bank Santander Rio, die lokale Filiale der spanischen Santander, hat die lokalen Filialen der französischen BNP Paribas übernommen.** Diese Bank verbleibt in Argentinien mit dem Grossistengeschäft, einschliesslich der Verwaltung von Investment-Fonds. Ausserdem betreibt BNP Paribas die lokale Bank Cetelem Argentina, die sich auf Konsumfinanzierung spezialisiert, wobei die französische Bank unlängst den Anteil von 40% von Carrefour an Cetelem gekauft hat

und somit jetzt 100% besitzt. Santander Rio erweitert seine Tätigkeit jetzt mit 17 Agenturen, 30.000 physischen Personen und 900 Unternehmen als Kunden. Zum 30. Juni hatten die lokalen Filialen von BNP Paribas Depositen für \$ 484 Mio. und ein Kreditportefeuille von \$ 256 Mio. Die Übernahme muss noch von der ZB genehmigt werden.

\*\*\*

**Das INDEC berichtet, dass der Index der Industrieproduktion (EMI, Estimador Mensual Industrial) im Juli um 1,5% unter dem gleichen Vortjahresmonat und um 0,2% über Juni 2009 lag.** Die Consulting-Firma O.Ferreres & Partner hatte einen interanuellen Rückgang von 9,5% ermittelt. Für das INDEC lagen die ersten sieben Monate 2009 um 1,5% unter dem Vorjahr, für Ferreres um 8,7%. Während bei der INDEC-Statistik im interanuellen Vergleich die Kfz-Industrie einen Rückgang von 23,6% aufweist, die Grundmetallindustrie einen von 24,7% und die Erdölraffinerie einen von 11,7%, weist die Chemie, einschliesslich Kautschuk und Kunststoffe, eine Zunahme von 30,1% auf, und die Nahrungsmittelindustrie eine von 4,7%.

\*\*\*

**Das Statistische Amt (INDEC) hat die Arbeitslosigkeit für das 2. Quartal 2009 auf 8,8% der aktiven Bevölkerung (diejenigen, die arbeiten plus die, die eine Beschäftigung suchen) ermittelt, gegen 8% im 4. Quartal 2008.** Die Arbeitslosigkeit ist von 20,4% im 1. Quartal 2003 auf 14,3% im 1. Q. 2004 gesunken, dann auf 13% im 1. Q. 2005, 11,4% im 1. Q. 2006, 9,8% im 1. Q. 2007 und 8,4% im 1. Q. 2008. Wenn man für das 2. Quartal 2009 diejenigen hinzuzählt, die angeblich als Gegenleistung der Subvention von \$ 150 pro Familienoberhaupt eine Arbeit verrichten, jedoch in Wirklichkeit kaum etwas tun, so steigt die Arbeitslosigkeit auf 9%. Die Unterbeschäftigung betrug im 2. Q. 2009 10,6%, gegen 9% im 1. Q. und 10% im 2. Q. 2008. Auch die Unterbeschäftigung ist in den letzten Jahren ständig gesunken, von 17,7% im 1. Q. 2003 bis auf ein Minimum von 8,2% im 1. Q. 2009. In absoluten Zahlen sind es im 2. Q. 2009 1,4 Mio. Arbeitslose und 1,71 Mio. Unterbeschäftigte.

\*\*\*

**Die Berufungskammer für soziale Sicherheit hat einer Klage des Pensionärs Angel Berón stattgegeben und dabei nicht nur die Indexierung gemäss Löhnen von Januar 2002 bis Dezember 2006 von 88,6% verfügt, die der Oberste Gerichtshof im Fall "Badaro" schon bestimmt hatte, sondern auch die Indexierung ab 1. Januar 2007 bis zum Zeitpunkt, in dem die Berichtigung in Kraft tritt, die das Gesetz 26.417 verfügt hat.** Faktisch soll Berón somit eine zusätzliche Rentenerhöhung von 4,5% erhalten, die sich aus der Lohnzunahme ab 1.1.07 von 53,45% und den gewährten Pensionszulagen von insgesamt 46,9% ergibt.

\*\*\*

**Die Kette Howard & Johnson hat ein neues Hotel im Stadtviertel "Recoleta" der Bundeshauptstadt eröffnet, womit sie auf insgesamt 25 Hotels in Argentinien kommt, zu denen noch weitere 19 kommen, die sich in Bau befinden.** Unmittelbar soll ein Hotel in Venado Tuerto, Provinz Santa Fé, auf dem Gelände des Jockey Clubs errichtet werden. Es handelt sich um 3- und 4-Sternehotels.

\*\*\*

**Die Mechanikergewerkschaft von Córdoba hat drei neue Arbeitsabkommen mit Zulagen von 27,8% abgeschlossen: mit Matricería Austral, Gestamp und Ilsa.** Die Abkommen laufen bis zum 30. Juni 2010 und sehen eine Erhöhung von 15% ab 1. Juli, 5% ab 1. Dezember, 4% ab 1. Februar 2010 und 3,8% ab 1. Mai vor. Die letzten drei Erhöhungen werden ohne Sozialabgaben ("no remunerativo") gewährt. Theoretisch kommen dann diese Abgaben nächstes Jahr hinzu, da die AFIP nur duldet, dass sie während eines Jahres nicht gezahlt werden, obwohl auch dies illegal ist.

\*\*\*

**Das Energieministerium studiert zusammen mit der gemischten Kommission für Salto Grande eine Erneuerung der Turbinen des Wasserkraftwerkes am Uruguay-Fluss, um die Leistung zu erhöhen.** In diesem Sinn wurden schon Gespräche mit der russischen Electrosila aufgenommen, die Turbinen erzeugt. Die Turbinen von Salto Grande wurden von der Sowjetunion geliefert, nachdem 1973/76 unter den peronistischen Regierungen versucht wurde, den Aussenhandel mit dem Ostblock zu intensivieren. Die Technologie jener Turbinen war damals schon überholt.

\*\*\*

**Der Verband der kleinen und mittleren Bauunternehmen hat seine Sorge über die spürbare Abnahme der Staatsgelder für öffentliche Bauten zum Ausdruck gegeben, wobei dadurch viele Arbeitsplätze gefährdet seien.**

\*\*\*

**Im Amstblatt vom Montag wurde die Entscheidung veröffentlicht, durch die \$ 302 Mio. an öffentlichen Mitteln für die Fernsehproduktion der Fussballspiele bestimmt wurden, die zu den \$ 97 Mio. hinzukommen, die zwei Wochen vorher schon für diesen Zweck zur Verfügung gestellt worden waren.** All diese Mittel wurden von anderen Haushaltsposten abgezogen, nachdem kein Überschuss mehr besteht, der für diese Zwecke hätte eingesetzt werden können.

\*\*\*

**Obwohl das Projekt der Verlegung der Sarmiento-Eisenbahn (von der Station "Once" bis nach Moreno und Haedo) in einen Schacht am 24. Januar an die Baufirmen Iecsa, Comsa, Ghella und Odebrecht (Brasilien) zugeteilt worden ist, studieren die Fachleute der Regierung jetzt die Möglichkeit, das Projekt zu ändern, indem drei Schienen statt nur zwei gelegt werden.** Die dritte Schiene würde Zügen erlauben, Stationen zu überspringen und somit Passagiere, die lange Strecken hinterlegen, schneller zu befördern, womit auch die Transportkapazität stark erhöht wird. Morgens würden diese Schienen für Züge eingesetzt, die nach der Bundeshauptstadt fahren, und Nachmittags umgekehrt. In der U-Bahn von New York besteht ein System dieser Art, allerdings mit vier Schienen.

\*\*\*

**Die Pensionäre und Hinterbliebenenrentner, die vom ANSeS als ehemalige Primarschullehrer identifiziert worden sind, erhalten eine Zulage von 7,33%, die sich aus der Gehaltszulage der Lehrer im 1. Halbjahr 2009 ergibt.** Ein Sondergesetz bestimmt, dass diese Rentner 82% des Gehaltes der Lehrer erhalten.

\*\*\*

**Die ZB hat am Dienstag bei der Ausschreibung von Wechseln ein Rekordangebot von \$ 3,17 Mrd. erhalten und davon \$ 2,99 Mrd. angenommen.** Lebac auf 98 Tage wurden zu 14% verzinst, auf 112 Tage zu 14,25%, auf 196 Tage zu 14,95% und auf 238 Tage zu 15,89%. Nobac auf 364 Tage wurden zu Badlar-Satz plus 0,80% verzinst.

\*\*\*

**Die AFIP hat letzte Woche 13.000 Klagen vor Gericht für einen Gesamtbetrag von \$ 425 Mio. vorgelegt, nachdem diese Schuldner sich der Weisswaschung und der Möglichkeit der Zahlung in Raten nicht angeschlossen haben.**

\*\*\*

**Der Oberste Gerichtshof hat das Abkommen der Firma Cablevisión (die zur Clarín-Gruppe gehört) mit den Gläubigern (APE, acuerdo preventivo extrajudicial), das von 99,955% der Gläubiger angenommen worden war, gutgeheissen.** Bei Multicanal, das andere Kabelfernsehunternehmen der Gruppe, war der Fall etwas schwieriger, weil der Geierfonds Huff bis zu 30% der Forderungen hatte und gegen das Abkommen opponierte. Der Oberste Gerichtshof hat es jedoch auch angenommen. Somit steht jetzt der Fusion von Multicanal und Cablevisión nichts im Wege, nachdem die Kommission für Wettbewerbsschutz die Genehmigung schon erteilt hat. Von der Gruppe Cablevisión/Multicanal/Fibertel hält die Clarín-Gruppe 60% und der Investment-Fonds Fintech 40%.

\*\*\*

**Das Gastransportunternehmen TGN (Transportadora de Gas del Norte) hat die Frist für die Annahme des Umschuldungsvorschlags von 23.4.09, die am Dienstag abgelaufen war, bis zum 23.10.09 verlängert.** Bisher haben nur Gläubiger für einen Betrag von 12,08% des Gesamtbetrages zugestimmt. Es handelt sich um eine Schuld von u\$ 350 Mio., die 2012 verfiel und mit der Umschuldung 2021 verfallen soll. TGN gehört zu 29,4% der US-Firma CMS und zu 70,4% dem Fonds Gasinvest, der sich aus der französischen TotalfinaElf (27,2%), Techint (27,2%), Compañía General de Combustibles (27,2%) und der malayischen staatlichen Petronas (18,4%) zusammensetzt. Die Hauptgläubiger sind die Weltbanktochter Internationale Finanzkorperschaft, die Bank Santander und die Bank of America.

\*\*\*

**Die Traktorenfabrik Pauny (in "Las Varillas", Provinz Córdoba) hat in den letzten 12 Monaten 434 Traktoren nach Venezuela exportiert, was zur Umsatzerhöhung von 50% beigetragen hat.**

\*\*\*

**Die Banco de Galicia hat den Inhabern von Obligationen im Wert von u\$ 243,7 Mio., die 2014 verfallen, angeboten, sie mit einem Abschlag von 10% auf den Nennwert vorzeitig zurück zu kaufen.**

\*\*\*

**Die Zementlieferungen für den Binnenverbrauch gingen im 1. Halbjahr 2009 gegenüber der gleichen Vorjahresperiode um 7,1% zurück, wie die Consulting-Firma abeceb berichtet.**

\*\*\*

**Der Mengenumsatz der Shopping-Centers lag laut INDEC im Juli um 2,9% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 15% unter Juni 2009.** Der Umsatz zu laufenden Werten lag im Juli mit \$ 684,1 Mio. um 1,4% über dem Vorjahr und um 9,9% unter dem Vormonat. Die durchschnittlichen Preise lagen im Juli um 1,4% über dem Vorjahr, aber um 9,9% unter Juni dieses Jahres. Hier wirken sich besonders Ausverkäufe und Rabatte aus, die vor dem Ende der Wintersaison bei Bekleidung u.a. saisonbedingten Waren vollzogen werden.

\*\*\*

**Das anerkannte Wirtschaftsforschungsinstitut FIEL ("Fundación de Investigaciones Económicas Latino-americanas") hat ermittelt, dass die Industrieproduktion im Juli um 9% unter dem gleichen Vorjahresmonat lag.** Die ersten 7 Monate 2009 lagen um 10,2% unter der gleichen Periode 2008. In 7 Monaten verzeichnet die Sparte "Lebensmittel und Getränke" eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 2,2%, während Kfz um 35,5% und Stahl um 31,8% abnahmen. Die Metallmechanik verzeichnet einen Rückgang von 18,4%, Textilfasern einen von 8,7%, Brennstoffe einen von 4,9% und nicht metallische Erze einen von 4,8%.

\*\*\*

**YPF hat der Börse von Buenos Aires gemeldet, dass es Obligationen in Höhe von \$ 100 Mio. ausgeben wird, die auf 18 Monate laufen werden und zu veränderlichen Satz verzinst werden.** Die Emission erfolgt über die Banken BBVA, Santander und Nuevo Banco de Santa Fé.

\*\*\*

**Wirtschaftsminister A. Bodou erklärte nach seiner Unterredung mit dem IWF-Verantwortlichen für die westliche Hemisphäre, Nicolás Eyzaguirre, dass er die Absicht habe, Argentinien wieder in den internationalen Finanzmarkt einzugliedern und in diesem Sinn ein Abkommen mit dem Fonds befürworte.** Er sagte, der IWF müsse sich den Bedürfnissen der Schwellenländer anpassen, wobei auf vielen Gebieten Fortschritte erreicht werden können und Argentinien vom Fonds angehört werden müsse. Bodou erwähnt stets, dass die Wirt-

schaftspolitik von der argentinischen Regierung und nicht vom Fonds entschieden werden müsse, was einen politischen Sinn hat und ein Abkommen erleichtern soll. Der IWF hat dem Minister nahegelegt, dass eine Routineprüfung der öffentlichen Finanzen angebracht sei, wie sie 2006 zum letzten Mal durchgeführt wurde. Beiläufig sagte Bodou, dass Argentinien 2010 kein Zahlungsproblem habe, da die Amortisation der Staatschuld "nur" u\$ 13 Mrd. ausmache, gegen u\$ 20 Mrd., die dieses Jahr bezahlt werden.

\*\*\*

**Der brasilianische Fernverbindungsminister Helio Costa erklärte, Argentinien habe beschlossen, die japanisch-brasilianische Norm ISDB-T für das digitale Fernsehen einzuführen.** Costa wies darauf hin, dass voraussichtlich auch Perú und Venezuela diese Norm unmittelbar einführen, eventuell auch Chile und Ecuador. Die Diskussion ging in Argentinien um die Wahl zwischen der japanischen Norm, der europäischen DVB-T und der nordamerikanischen ATSC.

\*\*\*

**Die Kammer der Schuhfabrikanten CAPCICA gab bekannt, dass die lokale Fabrikation von Sportschuhen zwischen 2006 und 2008 von 10,5 auf 15 Mio. Paare zugenommen hat, während der Import um 27% abgenommen hat.**

\*\*\*

**Im 1. Halbjahr 2009 wurden 972.000 Kleincomputer (PC) verkauft, 1,5% weniger als im Vorjahr, berichtet die Firma Trenes Consulting.** Die Schreibtischcomputer verzeichnen einen Rückgang von 11,1%, während die tragbaren Laptops und notebooks eine Zunahme von 26,6% aufweisen.

\*\*\*

**Die Nationale Wettbewerbskommission hat der italienischen Telecom eine Frist von einem Jahr gegeben, damit sie ihren Anteil an Sofora Comunicaciones verkauft, die die argentinische Telecom kontrolliert.**

\*\*\*

**Die Leitung von Aerolíneas Argentinas dementierte die Meldung der radikalen Abgeordneten und Senatoren Ernesto Sanz, Gerardo Morales und Oscar Aguad, dass der Juli-Verlust \$ 300 Mio. erreicht habe.** Er betrage "nur" \$ 218 Mio., was u\$ 56 Mio. entspricht. Ausserdem fliegen die neuen 737-700 Next Generation nicht 6 sondern 11 Stunden pro Tag. Der Hinweis der radikalen Politiker auf Pilotenlöhne zwischen \$ 15.000 und \$ 30.000 monatlich wurde nicht dementiert, wobei nur darauf hingewiesen wurde, dass die Gehälter unter denen liegen, die andere Luftfahrtgesellschaften zahlen.

\*\*\*

## Telecom Italia muss Anteil an Telecom Argentina verkaufen

Die Nationale Wettbewerbskommission (CNDC, Comisión nacional de defensa de la competencia) hat beschlossen, dass die italienische Telecom ihren Anteil von 50% am Kapital von Sofora Telecomunicaciones verkaufen muss, die das lokale Unternehmen Telecom Argentina S.A. zur Hälfte kontrolliert. Die andere Hälfte entfällt auf die lokale Gruppe Wertheim.

Das Argument für diese Entscheidung besteht darin, dass sich eine Monopolstellung gebildet habe, die bei der Privatisierung der staatlichen ENTEL im Jahr 1990 ausdrücklich untersagt wurde. Auch wenn die beiden Unternehmen, die aus dieser Privatisierung hervorgegangen sind, Telefónica de Argentina und Telecom Argentina, in den ersten Jahren nicht direkt konkurrierten, da jeder ein Gebiet zugeteilt worden war, bestand doch eine indirekte Konkurrenz, da die Kunden die Leistung beider Gesellschaften vergleichen konnten. Nach 8 Jahren gab es dann offene Konkurrenz, indem jedes dieser Unternehmen, und auch dritte, die Kunden im ganzen Land bedienen

konnten, und die Verwendung des Telefonnetzes, das von einer Firma betrieben wurde, anderen nicht verweigert werden konnte.

Das Privatisierungsschema war äusserst erfolgreich. Von 2,7 Mio. festen Anschlüssen, die ENTEL im November 1990 hatte, die schlecht funktionierten, ist die Zahl auf 8 Mio. gestiegen, die gut funktionieren, wobei noch 48 Mobiltelefone hinzukommen (auf eine Bevölkerung von 40 Mio. Menschen!).

Das Argument der Kommission ist folgendes: die spanische Telefónica hat vor einigen Jahren 42% der italienischen Telco gekauft, die 12% von Telecom Italia kontrolliert. Das wurde so ausgelegt, dass Telefónica einen direkten Einfluss auf die italienische Telecom und indirekt auf die argentinische ausübt. Dies ist an den Haaren herbeigezogen, da es sich um eine doppelte Minderheitsbeteiligung handelt, nämlich einmal an Telco und dann von dieser an Telecom.

Die argentinische Telecom bestand je zur Hälfte aus Kapitalbeiträgen der italienischen und der französischen Telecom. Für den Fall

des Verkaufs des Anteils einer der beiden Gesellschaften hatte die andere ein Vorkaufsrecht. Als die französische Telecom ihren Anteil verkaufen wollte, verzichtete die italienische faktisch auf ihr Vorkaufsrecht, so dass die lokale Wertheim-Gruppe das Aktienpaket kaufen konnte.

In den letzten Jahren entschied sich die italienische Telecom, die weiter 50% an der argentinischen hielt, das Vorkaufsrecht auszuüben und bot der Wertheim-Gruppe an, ihr Aktienpaket zu übernehmen. Die Wertheims weigerten sich und brachten eine Klage bei der Wettbewerbskommission ein, die jetzt bei ihrem Entscheid viel weiter gegangen ist, indem die italienische Telecom nicht nur das Wertheim-Paket nicht kaufen darf, sondern auch ihren eigenen Anteil verkaufen muss. Es wurde nie erklärt, warum die italienische Telecom nicht sofort das Paket der französischen Telecom übernommen hat, als diese sich zum Verkauf entschloss, und wie es möglich ist, dass ein Vorkaufsrecht, das nicht ausgeübt wird, nicht erlischt.

Der Entscheid der Kommission steht rein technisch auf sehr schwachen Füßen. Es ist klar, dass es eine politische Entscheidung auf höherer Ebene gegeben hat, wobei dies in die

Kirchner-Politik passt, den Freudenkapitalismus auszudehnen. Angeblich soll u.a. Eduardo Eurnekian, Inhaber des Flughafenkonzerns Aeropuertos Argentina 2000, interes-

siert sein, mit 50% bei Telecom Argentina einzusteigen. Mit dieser Entscheidung wird der Rechtsicherheit und den Auslands-investitionen ein neuer Schlag versetzt.

## Verdreifachung der Staatswerbung

Im 1. Halbjahr 2009 hat die Nationalregierung \$ 622,41 Mio. für Werbung ausgegeben, 243% mehr als die \$ 181,31 Mio. der gleichen Vorjahresperiode. Das sind immerhin \$ 3,4 Mio. pro Tag. Aber ausserdem liegt der Betrag für das 1. Halbjahr um 57% über den Ausgaben vom ganzen Jahr 2008, von \$ 385 Mio. Es besteht kein Zweifel, dass die gestiegenen Ausgaben auf diesem Bereich mit den Wahlen zusammenhängen, umso mehr als im Juni \$ 186,50 Mio. ausgegeben wurden, gegen \$ 122,31 Mio. im Mai und nur \$ 50,45 Mio. im Januar. Die Regierung hat dadurch direkt oder unterschwellig Propaganda für Néstor Kirchner und die Kandidaten der Regierungspartei betrieben hat. Im Jahr 2003, als Kirchner angetreten ist, wurden insgesamt nur \$ 46,2 Mio. für diesen Zweck ausgegeben.

### Die Werbung teilt sich folgendermassen auf:

Offenes Fernsehen .....	\$ 306,24 Mio.
Zeitungen und Zeitschriften .....	\$ 125,56 Mio.
Kabelfernsehen .....	\$ 84,40 Mio.
Rundfunk .....	\$ 55,39 Mio.
Strassenplakate .....	\$ 41,66 Mio.
Web (e-mail) .....	\$ 6,11 Mio.
Kino .....	\$ 3,07 Mio.

### Aufgeteilt nach Medien ergibt sich folgendes Bild:

Telefé (Kanal 11) .....	\$ 98,46 Mio.
Artear (Kanal 13) .....	\$ 89,41 Mio.
Telearte (Kanal 9) .....	\$ 41,53 Mio.
América (Kanal 26) .....	\$ 37,43 Mio.

Clarín .....	\$ 29,58 Mio.
Página/12 .....	\$ 24,05 Mio.
GR Producciones .....	\$ 23,55 Mio.
Comunidad Virtual .....	\$ 18,41 Mio.
La Nación .....	\$ 11,17 Mio.
Kanal 7 .....	\$ 4,70 Mio.

Die Aufteilung erfolgt nicht nach objektiven Kriterien, nämlich Auflage oder Zuhörerschaft und Bedeutung der Medien. Die regierungshörigen Medien werden klar bevorzugt. Dass die linkslastige Página/12, die eine sehr geringe Leserschaft hat, mehr als doppelt so viel wie "La Nación" erhält, ist ein Skandal. Ebenfalls erhält "Comunidad virtual" viel mehr als diese Zeitung. Es handelt sich um die Gruppe von Sergio Spolszki (der seinerzeit zum Zusammenbruch der Bank Patricios entscheidend beigetragen hat), die die Zeitschriften Siete Días, Newsweek und Veintitrés herausgibt, die eine sehr geringe Auflage haben. Hingegen erhalten andere Zeitungen und Zeitschriften, die unverhältnismässig wichtiger sind (El Cronista, Ambito Financiero, Noticias u.a.), wenig oder gar keine Regierungspropaganda. Der Sinn der Werbung der Regierung, der grundsätzlich darin besteht, die Regierungstätigkeit in wichtigen Aspekten zu erklären, wird durch diese politische Aufteilung der Mittel verfälscht.

Die Daten wurden von der privaten Institution "Poder Ciudadano" bekanntgegeben, die sie am 20. Juli auf Grund des Dekretes über Veröffentlichung der Staatsinformation gefordert hatte, und am 18. August die Antwort erhielt.

## Landwirtschaftliches Notstandsgesetz mit Veto

Das Gesetz 26.511 über die Erklärung des Notzustandes für 37 Bezirke der Provinz Buenos Aires wurde am Dienstag per Dekret 1128/09 verkündet, wobei jedoch der Artikel 4 einem Veto unterstellt wurde. Dieser Artikel sah vor, dass in 22 Bezirken die Exportzölle während 180 Tagen ganz aufgehoben und in weiteren 15 Bezirken um 50% verringert werden.

Das Gesetz war im Januar von Deputierten Francisco de Narváez eingebracht worden. Offensichtlich hat es keiner der Deputierten gelesen und kein juristischer Berater geprüft. Der Präsident der Kommission für Landwirtschaft der Deputiertenkammer, der Deputierte der Regierungsfraktion Cantero, gab dies sogar zu. Unglaublich! Denn der Fall liegt so, dass die Exportzölle nicht vom Landwirt, sondern vom Exporteur gezahlt werden. Das wird bei der Begründung des Vetos angeführt. Der begünstigte Landwirt müsste somit seine Produkte identifizieren (was eine umständliche staatliche Kontrolle voraussetzt) und dann vom Exporteur die Rückgabe der ganzen, bzw. der halben Exportzolls fordern, der dies seinerseits vom Zollamt fordern muss. Das ist alles reichlich kompliziert. Abgesehen davon, könnte ein begünstigter Landwirt auch Pro-

dukte von anderen als eigene angeben. Der Vizepräsident des Verbandes "Confederaciones Rurales Argentinas", Néstor Roulet, hat unvorsichtigerweise auf diese Möglichkeit hingewiesen, wobei seine Äusserungen dann in den Erläuterungen zum Dekret angeführt wurden.

Schliesslich würde der Landwirt diese Rückgabe der Exportsteuer nicht erhalten, wenn er für den Binnenkonsum verkauft, wie es beim Weizen dieses und nächstes Jahr zum grössten Teil der Fall sein wird. Auch dies wurde von den Abgeordneten nicht berücksichtigt, und in der Begründung des Vetos nicht erwähnt. Wirtschaftsminister Boudou wies darauf hin, dass die Verringerung der Exportzölle für die Landwirte, die die Ernte wegen der Dürre ganz verloren haben, also diejenigen, die am härtesten betroffen wurden, keine Wirkung hat. Auch das ist ein Argument gegen diese Verringerung.

Der Gedanke der unterschiedlichen Exportzölle wird von viele Landwirten, besonders von Verband "Federación Agraria Argentina", der viele kleine Landwirte vertritt, ständig vorgebracht, allerdings nicht bezogen auf Gegenden, sondern auf die Betriebsgrösse. Das hat einmal keinen vernünftigen Sinn, weil

die Exportsteuern im Grunde nur Preise für den Landwirt bestimmen, lässt sich aber ausserdem nicht verwalten, wobei dies zu einer enormen Korruption führen würde. Wenn landwirtschaftliche Kleinbetriebe durch differenzierte Exportzölle einen höheren Preis für ihre Produkte erielte, so würde das im Grunde die unwirtschaftlichen Betriebe fördern und ihnen die Anstrengungen zur Effizienzsteigerung ersparen.

Das neue Notstandsgesetz sieht jedoch die üblichen Steuervergünstigungen vor, nämlich Zahlung von Steuern (und Steuerschulden) in Raten, aber nicht von Beiträgen für die soziale Sicherheit. Die Zahlungsfrist kann in der "Katastrophengegend" bis auf ein Jahr gestreckt werden, und die Steuern können in 120 monatlichen Raten zu 0,75% monatlich gezahlt werden. In der "Notstandsgegend" besteht nur eine Frist von 6 Monaten, und die Raten laufen auf 60 Monate. Das Problem der Landwirte, die ihre Ernte verloren haben oder die Rinder nicht ausreichend ernähren konnten, ist vorwiegend finanziell, was sich auch auf die Stundung der Bankkredite bezieht. Die Banco Nación, die BAPRO (der Provinz Buenos Aires) u.a. schieben die Zahlungen ohnehin normalerweise hinaus.

## Immer weniger landwirtschaftliche Betriebe

Die Zeitung "Clarín" hat erste Zahlen des landwirtschaftlichen Zensus veröffentlicht, der 2008 durchgeführt wurde und schon vollständig beendet sein sollte. Die Kosten belaufen sich auf \$ 30 Mio. Der im INDEC dafür verantwortliche Beamte Brahim, der dem Binnenhandelssekretär Guillermo Moreno gehorcht, soll sich geweigert haben, die Daten bekanntzugeben. "Clarín" hat sie trotzdem erhalten.

Das INDEC hat bisher 272.886 landwirtschaftliche Betriebe im ganzen Land erfasst, die 81% der gesamten landwirtschaftlichen Fläche des Landes decken, wobei jedoch vorwiegend Grenzgebiete fehlen. Somit dürften es auf alle Fälle weniger als die 333.533 sein, die 2002 erfasst wurden. Der Zensus von 1988 hatte 421.221 Betriebe ergeben. Die Abnahme zwischen 2002 und 2008 war in Tucumán mit 27% besonders betont. Es folgen Santiago del Estero mit 26%, Mendoza und Rio Negro mit je 21%, Entre Rios und Neuquén mit je 19%, Chubut und Formosa mit je 11%, San Juan mit 7% und Salta 6,5%. In Córdoba, Santa Fé, Misiones und La Rioja betrug die Verringerung 5%, in San Luis 3%, in Jujuy 0,5% und in Catamarca 0,3%. Santa Cruz ist die grosse Ausnahme, mit einer Zunahme von 12%. Über die Provinzen Buenos Aires, La Pampa und Corrientes liegen keine Daten vor.

Die Verringerung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe lag auf alle Fälle ab 2002 über 10%, wobei mit einer entsprechenden Abnahme der Zahl der Landarbeiter gerechnet wird. Zwischen 1988 und 2002 betrug die Verringerung der Zahl der Betriebe 21%. Dabei muss man jedoch berücksichtigen, dass die Zahl der Inhaber der grösseren landwirtschaftlichen Betriebe wegen Erbschaft und Verkauf von Aktien oder

Anteilen ständig zunimmt. Die Flächenkonzentration ist eine Folge der Effizienzvorteile, die mit der Grössenordnung zusammenhängen, die durch den Einsatz von Maschinen und Technologie gegeben ist, wobei die fixen Kosten bezogen auf die Produktion abnehmen.

Was die Zahl der Landarbeiter betrifft, so nehmen diejenigen, die direkt von den landwirtschaftlichen Unternehmern angestellt werden ab, aber dafür gibt es mehr Arbeiter, die Traktoren u.a. Landmaschinen bedienen, und auch viel mehr Fachleute, die beratend und zum Teil auch entscheidend tätig sind. Die Landwirtschaft ist technologisch komplexer geworden, und das wirkt sich auch auf die Beschäftigungsstruktur aus.

Dennoch besteht der weitaus grösste Teil der landwirtschaftlichen Betriebe aus Flächen von unter 200 Ha. Die ideale Grössenordnung hängt auch von der Art der Tätigkeit ab. Beim Anbau von Gemüse ist sie niedrig, bei Sojabohne sehr hoch. In vielen Fällen lösen Landwirte, die mittlere oder kleine Flächen bearbeiten, das Problem durch Verpflichtung von Unternehmen, die ihr Land mit grossen Maschinen bearbeiten, oder auch durch Eingabe ihrer Ländereien in einen sogenannten "Pool", bei dem viele kleine eine grosse Fläche bilden.

Auf alle Fälle zeichnet sich Argentinien im Gegensatz zu Europa durch eine grosse Mobilität des Bodenbesitzes aus, der kontinuierlich die Hände wechselt, durch Verkauf und Erbschaft, wobei viele Besitzübertragungen über Aktienverkäufe vollzogen und deshalb nicht im Eigentumsregister eingetragen werden, da der Besitzer (die AG) derselbe ist.

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Keine Aussicht auf Erholung

Die argentinische Wirtschaft befindet sich in einer Rezessionsphase, die im 4. Quartal 2008 eingesetzt und sich danach vertieft hat. Der anerkannte Wirtschaftler Miguel Angel Broda hat berechnet (siehe "La Nación" vom 23.8.09), dass der interanuelle Rückgang im 4. Quartal 2008 und im 1. Quartal 2009 zwischen 7% und 10% lag. Bisher hatte weder er noch ein anderer Wirtschaftler unter denen, die öffentlich auftreten und sich mit dem Thema befassen, einen so katastrophalen wirtschaftlichen Rückgang berechnet. Das Statistische Amt (INDEC) hat ihn sogar ignoriert und nur eine leichte Abkühlung der Konjunktur wahrgenommen.

Broda schätzt, dass nach diesem brutalen Einbruch der Wirtschaft, im 2. Quartal 2009 die Talsohle erreicht worden sei. Er meint, dass im 3. Quartal schon eine leichte Erholung einsetzt, bei einer jährlichen BIP-Wachstumsrate von 1,5% bis 2%. Das ist weniger als die Raten von über 8% der letzten Jahre, und liegt auch unter dem historischen Durchschnitt, den er zwischen 3% und 3,5% jährlich ansetzt. Er begründet die These der langsamen Erholung auf die Tatsache, dass die Unternehmen Ende 2008 und Anfang 2009 ihre Lagerbestände stark verringert haben, was die Rezessionswirkung erhöht hat. Jetzt könne man annehmen, dass die Lagerbestände sich stabil halten oder sogar zunehmen, was die Wirtschaft anregt.

Diesem relativen Optimismus muss man jedoch folgende Tatbestände entgegenhalten:

Die Ernte von Getreide und Olsaaten der Periode 2008/09 lag gemäss guten privaten Schätzungen um die 62 Mio. t, gegen 96/97

Mio. t im Vorjahr, und bei niedrigeren Preisen. Die Landwirte liefern die Produktion so schnell wie möglich, weil sie unter finanziellem Druck stehen und Mittel für die Aussaat für die Ernte 2009/10 brauchen, umso mehr als viel Arbeitskapital (auch von den sogenannten "Pools") in den Dollar geflüchtet und nicht mehr vorhanden ist, und der Bankkredit ohnehin sehr beschränkt ist. Da die Häfen effizient sind und einen hohen Export mühelos bewältigen, kann damit gerechnet werden, dass im November kein Saldo der vergangenen Ernte mehr verbleibt. Da es beim Weizen bestenfalls einen geringen Exportüberschuss geben wird, kann man in den Sommermonaten, die normalerweise vom Weizenexport leben, eine Exportflaute erwarten, die rezessiv wirkt und das Misstrauen schürt. Die Ernte 2009/10, die offiziell auf 96 Mio. t und privat auf 82 bis bestenfalls 90 Mio. t geschätzt wird, wirkt sich erst im 2. Quartal 2010 und danach aus. Bis dahin gibt es auf alle Fälle eine Durststrecke.

Während die ZB eine stark restriktive monetäre Politik betreibt, steigen Löhne und Gehälter weiter zu einer Jahresrate von um die 20%, mit einigen Fällen von über 25%. Das wirkt preiserhöhend und ohne monetäre Begleitung stark rezessiv. Das Geldaggregat M2, das die ZB in den letzten Jahren zur Messung der Geldmenge verwendet (bestehend aus Banknoten im Umlauf, Giro- und Spardepósitos) stagniert im Laufe dieses Jahres. Bei andauernder Kapitalflucht ist es gefährlich, auch nur eine leicht expansive Geldpolitik zu betreiben. Die ZB musste ihre vorangehende monetäre Politik aufgeben, bei der eine Erhöhung der Geldmenge (M2) vorgesehen war,

die bei guter Konjunktur leicht unter der nominellen Zunahme des BIP lag, in Krisenzeiten, wie jetzt, eventuell leicht darüber.

Die restriktive monetäre Politik wird noch durch die Tatsache verschärft, dass die Banken bei der Kreditgewährung sehr vorsichtig geworden sind und allgemein den Kredit einschränken oder sogar vielen Unternehmen verweigern. Die Furcht vor Zahlungsfähigkeit der Unternehmen hat zugenommen. Doch abgesehen davon halten die Banken eine relative hohe Liquidität, wie es in den hohen Offerten bei den Ausschreibungen der kurzfristigen ZB-Wechsel zum Ausdruck kommt, weil sie einen Ansturm auf ihre Depósitos befürchten (wie 2001), und es für diesen Fall keine automatische Liquiditätsspritze der ZB gibt. Die aktiven Bankzinsen halten sich im allgemeinen hoch; und ausserhalb der Banken liegen sich noch viel höher. Die Unternehmen haben allgemein Schwierigkeiten, ihr Arbeitskapital zu finanzieren, umso mehr bei gesunkenen Gewinnen, wie sie dieses Jahr eingetreten sind. Das wirkt sich auf ihre Produktion und ihren Umsatz aus.

Bei der Rinderwirtschaft naht der Moment, in dem der Abbau des Rinderbestandes nicht mehr weiter geht. Dann nimmt das Angebot ab und die Fleischpreise steigen, was sich auch rezessiv auswirkt.

Auch wenn sich die Wirtschaft der USA, der EU u.a. Industriestaaten im 2. Halbjahr 2009 leicht erholt, wirkt sich dies nur mässig auf die Exportmöglichkeiten für argentinische Industrieprodukte aus. Von dieser Seite sollte man somit keinen Erholungsimpuls erwarten.

Die Staatsfinanzen geraten in ein zuneh-

mendes Defizit, was das Miss-trauen noch mehr schürt. Aber ausserdem ist der Staat gezwungen, Investitionen zu bremsen, was bedeutet, dass die schon begonnenen bei ihrer Durchführung verlangsamt (und verteuert) und neue nur ausnahmsweise in Angriff genommen werden. Dies wirkt rezessiv, wobei die Unordnung, mit der dies geschieht, die negative Wirkung erhöht.

Die Arbeitslosigkeit reagiert in der Regel überproportional auf eine Rezession. Denn einmal werden Arbeiter und Angestellte entlassen, weil weniger produziert und verkauft wird, dann aber auch, weil darüber hinaus rationalisiert wird, um Kosten einzudämmen und die Wirkung der Rezession auf die fixen Kosten zu verringern, da diese bei geringerer Produktion pro Einheit zunehmen. Auch die Arbeitspolitik dieser Regierung wirkt entschieden gegen die Beschäftigung und fördert Belegschaftsverringerungen. Schliesslich kommt dann noch die normale Zunahme des Angebots an Arbeitskräften hinzu. Die Zunah-

me der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung (die bei selbstständig Tätigen sehr bedeutend ist), sowie die Angst vieler Arbeitnehmer, eventuell auch entlassen zu werden, wirkt sich auf die Nachfrage nach Konsumgütern aus und verschärft die Rezession.

Unter diesen Umständen ist keine unmittelbare Erholung zu erwarten, wobei sogar die Gefahr einer Vertiefung der Rezession wahrscheinlicher ist. Wenn die Unternehmen von diesem Szenario ausgehen, dann planen sie eine vorsichtige Politik, mit Kostenverringern und ohne Investitionen, was die Rezession verstärkt. Es kann innerhalb der Rezession Wellen geben, die gelegentlich den Anschein einer Erholung geben, jedoch von kurzer Dauer sind und keine echte Aufschwungsphase darstellen.

Der Regierung fehlt schliesslich ein gesamtwirtschaftliches Konzept über die Konjunkturpolitik. Die Zahlen des Statistischen Amtes (INDEC) weisen eine äusserst mässige Rezession und Inflation aus; auf dieser Ba-

sis erscheint dann der Fall nicht so tragisch und erweckt den Anschein, dass es keiner Sondermassnahmen bedarf. Abgesehen davon sind die Kirchners durch das hohe Wachstum der Periode 2002-2008 verwöhnt, und meinen, dass werde gelegentlich so weitergehen. In früheren Zeiten pflegte man zu sagen "Gott ist Argentinier", oder "eine gute Ernte bringt alles in Ordnung". Ob die Kirchners jetzt meinen, Gott sei kirchnerist, und dann die nächste Ernte, die auf alle Fälle besser als die vergangene sein dürfte, die Lage einrenkt, sei dahingestellt. Es wäre schlimm, wenn sie dies auch nur halbwegs glauben; denn dann sind sie noch weniger bereit, die echte Lage zu anerkennen und dementsprechend zu handeln, und dabei allerlei Vorurteile über Bord zu werfen. In der Tat sind die Kirchners selber ein Rezessionsfaktor, weil sie wirtschaftspolitisch falsch denken, nicht das geringste Vertrauen geniessen und, im Gegenteil, kontinuierlich neue Massnahmen treffen, die in die falsche Richtung gehen.

## Das zunehmende Defizit der Staatsfinanzen

Wirtschaftsminister Amado Boudou und Schatzsekretär Juan Carlos Pezoa gaben Ende der Vorwoche Zahlen über die Finanzen des Nationalstaates für Juli bekannt, die jeden Monat spärlicher werden. Er sprach von einem Überschuss von \$ 765,5 Mio., und erwähnte nur am Rande, dass es sich um den "primären" Überschuss handelt, bei dem die Zinsen nicht zu den Ausgaben gezählt werden, als ob es keine Ausgaben wären. Der echte Saldo, der im Amtsjargon als finanziell bezeichnet wird, wies ein Defizit von \$ 571,2 Mio. aus. Allein, auch dieses Defizit enthält viel kreative Buchhaltung. Als Defizit oder Überschuss gilt gemäss der international anerkannten Methodologie die Differenz der Staatsschuld am Ende und am Anfang der betreffenden Periode. Bei einem Defizit muss sich der Staat über die Amortisation der bestehenden Schulden hinaus neu verschulden, und bei Überschuss kann die Staatsschuld verringert werden. Auf dies kommt es schliesslich an.

Der primäre Überschuss lag jedoch um 80,9% unter den \$ 4,02 Mrd. des Vorjahres, und der echte Überschuss vom Juli des Vorjahres, von \$ 3,42 Mrd. verwandelte sich in ein Defizit. In den letzten drei Monaten wiesen die Staatsfinanzen ein echtes Defizit auf, so dass der negative Saldo in 7 Monaten \$ 2,31 Mrd. betrug. In der gleichen Vorjahresperiode wurde ein Überschuss von \$ 16,07 Mrd. erzielt. Die Differenz von \$ 18,38 Mrd. ist gewiss nicht unbedeutend.

Die Einnahmen lagen im Juli mit \$ 22,31 Mrd. um 9,7 % über dem gleichen Vorjahresmonat und die Ausgaben (ohne Zinsen) lagen mit \$ 20,14 Mrd. um 20,8% höher. Die Ausgaben steigen seit langer Zeit viel stärker als die Einnahmen, und es sieht nicht so aus, als ob dies in den kommenden Monaten anders werden dürfte. Die Steuereinnahmen leiden stark unter der Rezession, wobei ab Oktober der Erlös auf Export-

zölle minimal sein wird. Und auf der anderen Seite haben viele Ausgabeposten eine steigende Tendenz, besonders öffentliche Bauten und Aufwendungen für Renten, die das ANSeS zahlt. Schliesslich werden ununterbrochen neue Ausgaben geschaffen, wie zuletzt die \$ 600 Mio. jährlich für den Fussball.

Boudou rechtfertigte die Zunahme der Staatsausgaben, indem er darauf hinwies, dass die Kapitalausgaben (im Wesen öffentliche Bauten) im Juli um 84% über dem Vorjahr lagen, um auf diese Weise die Produktion und die Beschäftigung zu halten. Das hat jedoch offensichtlich nicht genügt, um die Konjunktur anzuspornen; aber ausserdem ist dies unzählbar geworden, weil es sich einfach nicht finanzieren lässt. Wenn man davon ausgeht, dass die Investitionen zur Fertigstellung von Yacretá und Atucha II nicht unterbrochen werden können, dann dürfte bei weniger wichtigen Objekten eine drastische Kürzung eintreten.

Die Staatsfinanzen befinden sich in einer kritischen Lage, die sich zunehmend verschärft und einen langen Schatten auf das finanzielle Gleichgewicht des Staates wirft, da dieser dann nicht nur für die Amortisation der bestehenden Kredite aufkommen muss, sondern auch für die Deckung des echten Defizites. Wenn man noch die kritische Lage vieler Provinzen, angefangen mit Buenos Aires und Córdoba, berücksichtigt, dann sieht die Lage noch düsterer aus.

Der Wirtschaftsminister und sein Schatzsekretär haben bei Bekanntgabe der Juli-Zahlen dieses Mal noch weniger berichtet und erklärt als in Vormonaten. Die Information wird immer dürftiger, womit offensichtlich unangenehme Fragen vermieden werden sollen, die die hohen Beamten entweder zwingen, die nahende Katastrophe zuzugeben, oder offen zu legen.

## Die Besteuerung von Zinsen und Kapitalgewinnen

Auf der Suche zusätzlicher Steuereinnahmen, sei es um das Defizit bei den Staatsausgaben zu decken oder um geringere Einnahmen bei Exportsteuern oder der Steuern im allgemeinen auszugleichen, taucht immer wieder die Initiative auf, dass Zinsen und Kapitalgewinne besteuert werden sollten. Da dies politisch gut klingt, wird es auch von Politikern übernommen, die in Dingen Steuern nicht besonders bewandert sind. In letzter Zeit haben auch der Wirtschaftler der Koalition und ehemaliger ZB-Präsident, Alfonso de Prat Gay, und der radikale Politiker, ehemaliger Bautenminister und Senator, Rodolfo Terragno in diese Kerbe gehauen.

Bei Zinsen auf Bankdepositen (jedoch nicht bei Zinseinnahmen anderer Art) sind physische Personen von der Gewinnsteuer befreit, nicht jedoch Aktiengesellschaften und G.m.b.Hs. Als die Unternehmen ihre Bilanzen wegen der Inflationswirkung berichtigen durften, also bis 1992, wurden die Zinsen faktisch nur soweit besteuert, als sie

die Inflationsrate (gemessen an den Grossistenpreisen) übertrafen, es sei denn die eingenommenen Zinsen wurden durch gezahlte Zinsen ausgeglichen, bei denen sich ein Inflationsgewinn ergab. Seit im Jahr 2002 die Inflation wieder auftauchte, aber die Inflationsberichtigung von Bilanzen nicht erneut in Kraft trat, werden Zinseinnahmen von Unternehmen voll versteuert, so dass der effektive Zinssatz nach Steuern meistens negativ wird. Unternehmen werden somit angespornt, Bankdepositen zu vermeiden.

Die Bankzinsen gleichen bestenfalls die Inflation aus, liegen in der Regel jedoch unter der Inflationsrate, so dass der Sparer einen realen Verlust erlebt. Wenn jetzt die Bankdepositen von physischen Personen auch von der Gewinnsteuer erfasst werden, dann wird der Verlust noch höher. Bei Unternehmen liegt der Fall gelegentlich anders, weil diese oft grössere Beträge deponieren und mit den Banken wesentlich höhere Zinssätze aushandeln. Der Anreiz für lokale Bank-

depositen, der beim kleinen Sparer ohnehin gering ist, würde somit ganz verschwinden, was die Kapitalflucht (besonders den Kauf von Dollarnoten) noch mehr anregen würde. Das ist ein Luxus, den man sich gegenwärtig gewiss nicht leisten kann. Abgesehen davon wäre der steuerliche Erlös der Erhebung der Gewinnsteuer auf Zinsen für Bankdepositen von natürlichen Personen sehr gering, so dass sich die Einführung dieser Steuer gewiss nicht lohnt. Schliesslich sollte nicht vergessen werden, dass die Zinsen, die bei Darlehen ausserhalb des offiziellen Finanzsystems gewährt werden, die theoretisch der Gewinnsteuer unerliegen, eine hohe Hinterziehung besteht. Diese Kreditgewährung, die im Wesen Wucher ist, ist sehr ausgedehnt, u.a. weil der Bankkredit so beschränkt ist und die Banken bei der Kreditgewährung an Kleinunternehmen umständlich und langsam sind, und auch weil die ZB-Vorschriften sehr bürokratisch sind. Die Banken verstehen dieses Geschäft im Grunde nicht. Die Wucherer diskontieren meistens vordatierte Schecks, bei denen der Zinsabzug nicht verbucht wird.

Was die Steuer auf Kapitalgewinne betrifft, so liegt der Fall analog wie bei den Zinsen. Unternehmen zahlen die Gewinnsteuer, wenn sie Aktiven verkaufen und dabei eine Differenz zu ihren Gunsten erwirtschaften, während physische Personen ausgeschlossen sind. Bei diesen geht es an erster Stelle und Börsengewinne, wobei jedoch dann auch Verluste bei Wertpapierkäufen und Verkäufen von der Gewinnsteuer abgezogen würden. Wenn diese Gewinne versteuert werden müssten, dann würde das Interesse für Börsengeschäfte stark abnehmen und dazu führen, dass noch mehr auf die Börse von New York übergegangen wird, wo ein Teil der wichtigsten an der lokalen Börse kotierten Aktien auch gehandelt wird. Für Personen, die regelmässig an der Börse Wertpapiere kaufen und verkaufen, wäre die Buchführung zu steuerlichen Zwecken reichlich kompliziert.

Es verbleiben einige Verkäufe von grossen Aktienpaketen durch physische Personen, sowohl von Gesellschaften, die an der Börse kotieren wie von anderen, sowie von Gesellschaftsanteilen und Immobilien. In diesem letzten Fall besteht schon eine Steuer von 1% auf den Verkaufswert, die jedoch nicht erhoben wird, wenn es sich um Verkauf einer Eigenwohnung handelt, und der Erlös für den Kauf einer neuen Wohnung eingesetzt wird.

In früheren Zeiten wurden diese Preisdifferenzen von einer Sondersteuer erfasst, die einen niedrigeren Satz als die Gewinnsteuer hatte (zeitweise 20% und danach 5%), wobei gelegentlich eine Wertberichtigung gestattet wurde, um zu vermeiden, dass reine Buchgewinne, die durch die Inflation entstehen, erfasst werden. Diese Steuer führte dazu, dass die Werte bei diesen Vermögensübertragungen sehr niedrig angegeben wurden. Das ist gegenwärtig bei Immobilien ohnehin der Fall, zum Teil weil die Käufer dabei schwarze Gelder einsetzen, und dann weil sie nachher einen geringeren Betrag an Steuer auf persönliche Güter zahlen wollen. Der Verkäufer hat dann das Problem mit dem schwarzen Geld. Er wird dann auch versuchen, diesen "schwarzen Peter" weiterzugeben. Diese Unterbewertung sollte jedoch bekämpft und nicht durch Besteuerung des Kapitalgewinnes gefördert werden. Gesamthaft kann man auf alle Fälle bei einer Steuer dieser Art keine hohen Fiskaleinnahmen erwarten.

Wenn an höhere Steuereinnahmen gedacht wird, so sollte zunächst versucht werden, die immer noch hohe Hinterziehung wenigstens zum Teil zu erfassen. Dies ist durchaus möglich und bestimmt viel ergiebiger, als die Besteuerung von Bankzinsen und Kapitalgewinnen. Dies wird jedoch nicht in Angriff genommen, weil dabei die Kontrolltechnik neu durchdacht werden muss, u.a. bei Mitwirkung privater Kontrollfirmen für bestimmte konkrete Bereiche. Abgesehen davon, muss man sich der Tatsache bewusst sein, dass die Gesamtbesteuerung (die im Steuererlös bezogen auf das BIP zum Ausdruck kommt), eine Grenze hat, die empirisch ermittelt wird, deren Überschreitung sich zunehmend negativ auf das wirtschaftliche Wachstum auswirkt. Das bedeutet, dass auch die Staatsausgaben eine Grenze haben und deshalb eingeschränkt werden müssen, weil sie sonst eine natürliche Tendenz haben, uferlos zu wachsen.

**MAXINTA****Casa de Cambio  
Sociedad de Bolsa**

**Máximo Intaglietta**  
**Fernán Peralta Ramos**  
**Magdalena Brennan**  
**Carola Seleguan**

Sarmiento 378 6° y 7° 5278-4400